Verhandlungsschrift

aufgenommen am Donnerstag, 27.04.2006 über die Sitzung des Gemeinderates.

Tagungsort: Gemeindeamt Tiefgraben

Anwesende:
1. Bürgermeister Matthias Reindl
2. Vizebürgermeister Johann Schwaighofer
3. Gemeindevorstand August Wieneroither
4. Gemeindevorstand Paul Putz
5. Gemeindevorstand Anton Landauer
6. Gemeindevorstand Reinhart Metzger
7. Gemeindevorstand Christiana Brandtmeier
8. Gemeinderat Mag. Johann Wiedlroither
9. Gemeinderat Johann Fischhofer
10. Gemeinderat Andreas Landauer
11. Gemeinderat Martin Dorfinger
12. Gemeinderat Susanna Kroiss
13. Gemeinderat Matthias Dirnberger
14. Gemeinderat Johann Parhammer
15. Gemeinderat Johann Dittlbacher
16. Gemeinderat Daniel Pöllmann
17. Gemeinderat Karl Lackner
18. Gemeinderat Franz Lassl
19. Gemeinderat Johann Pöllmann
20. Gemeinderat Dipl.Ing. Dr. Peter Baum
21. Gemeinderat Eva Nowak
22. Ersatzmitglied Elisabeth König
23. Ersatzmitglied Ing. Roland Dorfer

Entschuldigt ferngeblieben:
Gemeinderat Alois Fischhofer
Gemeinderat Friedrich Ramsauer
Gemeinderat Thomas Plainer
Gemeinderat Gertraud Strobl

Zuhörer: 1 Person

Beginn: 19.00 Uhr

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, sowie den Amtsleiter und trifft die Feststellung, dass

a) die Einladung zu dieser Sitzung an alle Mitglieder des Gemeinderates unter Bekanntgabe der Tagesordnung ergangen sei,
b) die Abhaltung der Sitzung an der Amtstafel des Gemeindeamtes ordnungsgemäß kundgemacht wurde,
c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist,
d) die Verhandlungsschrift der letzten Gemeinderatssitzung vom 26.01.2006, Nr. 1/2006 während der Sitzung zur Einsicht aufliegt und Einwendungen bis Sitzungsschluss eingebracht werden können,
e) zum Schriftführer Amtsleiter Stefan Eibensteiner bestellt wird,

f) zum Protokollfertiger für die heutige Verhandlungsschrift werden von den Fraktionen Bürgermeister Reindl für die ÖVP, GV. Christiana Brandtmeier für die SPÖ, GR. Johann Pöllmann für die FPÖ und GR. Dipl.Ing. Dr. Peter Baum für die MBI namhaft gemacht.

Tagesordnung und Beschlüsse

1. **Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2005;**
   Der Bürgermeister gibt bekannt, dass der Rechnungsabschluss 2005 im ordentlichen Haushalt Einnahmen in Höhe von € 4.850.661,50 und Ausgaben in Höhe von € 4.844.833,30 und somit einen Überschuss von € 5.828,20 aufweist. Der außerordentliche Haushalt schließt mit einem Abgang von € 50.000,-- bei € 1.538.682,13 Einnahmen und € 1.588.682,13 Ausgaben. Der Abgang stammt vom Ankauf des Holder-Kommunalfahrzeuges. Der Abgang wird 2006 durch zugesicherte BZ-Mittel des Landes abgedeckt. Die für den Ankauf der Kreuzingergrundstücke vorgesehenen Mittel wurden der Rücklage zugeführt, damit diese 2006 verfügbar sind.
   Da im Voranschlag 2005 Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 4.584.800,-- vorgesehen waren, wurde dieser um 5,67 % überschritten (ein Nachtragsvoranschlag wäre erst bei einer Abweichung von mehr als 10 % erforderlich gewesen).
   AL Eibensteiner bringt in der Folge die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Voranschlag zur Kenntnis und gibt auch die entsprechenden Erläuterungen dazu.
   Der Bürgermeister spricht sich erfreut über die wesentlich höheren Ertragsanteile des Bundes aus, ebenso über die Mehreinnahmen bei Kanalanschlussgebühren und stellt den **Antrag**, den vorliegenden Rechnungsabschluss 2005 vollinhaltlich zu genehmigen. Er verweist auch darauf, dass der Rechnungsabschluss vom Prüfungsausschuss eingehend geprüft wurde und keinerlei Einwendungen vorgebracht wurden.
   Beschluss: einstimmig angenommen

2. **Genehmigung des Kaufvertrages betreffend Baulandankauf durch die Gemeinde Tiefgraben von den Ehegatten Johann und Gertraud Pöllmann, wohnhaft in Hof 1;**
   Zum gegenständlichen Tagesordnungspunkt erklärt sich GR. Johann Pöllmann für befangen. Bürgermeister Matthias Reindl erinnert an den vom Gemeinderat beschlossenen Optionsvertrag und konnte nun – nachdem die Flächenwidmungsplanänderung rechtskräftig geworden ist – auch ein entsprechender Kaufvorvertrag erstellt werden. Ein Kaufvertrag konnte noch nicht gemacht werden, da eine Vermessung noch nicht möglich war, weil die Form der Parzellen und die Anlage der Straße noch durch die entsprechenden Gremien durchgehen muss. Der vorliegende Kauf-Vorvertrag wird von Amtsleiter Stefan Eibensteiner vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht.
   Bauausschussobmann GV. Anton Landauer stellt den **Antrag**, den vorliegenden Kauf-Vorvertrag (siehe Beilage Nr. 1) zu genehmigen.
   Beschluss: einstimmig angenommen

3. **Rückforderung der Landesdarlehen für Kanalbauten; Gemeinderatsbeschluss über die Kenntnisnahme der vom Land OÖ. ermittelten, aushaftenden Landesdarlehen in Höhe von € 131.172,50;**
   Der Bürgermeister gibt hiezu folgendes bekannt:

Das Land Oberösterreich hat seit dem Jahre 1982 an über 300 Gemeinden OÖ. für den Bau des Orts-/Verbandskanals Investitionsdarlehen gewährt, welche auf die Dauer von 10 Jahren zinsen- und rückzahlungsfrei gestellt wurden. Nach diesem Zeitraum hat sich das Land die Rückzahlung offen gelassen – wurden jedoch bisher von keiner Gemeinde eingehoben. Nun verlangt das Land von jenen 20 Gemeinden Oberösterreichs, welche 1986 um eine Sonderförderung des Bundes (Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds) gem. § 18 Abs. 1 Wasserbautenförderungsgesetz angesucht haben, die Investitionsförderdarlehen zurück.
Die Gemeinde Tiefgraben erhielt in den Jahren 1998 – 2002 durch die Sonderförderung nach § 18 Wasserbautenförderungsgesetz vom Bund insgesamt € 891.913,69 und hat sich das Land OÖ. vertraglich verpflichtet, eine weitere Förderung in den Jahren 2005 bis 2015 in der Höhe von € 1,272.136,00 zu gewähren. Die vom Land OÖ. bereits gewährten Investitionsdarlehen/BZ betragen € 1,140.963,50. Rechnet man nun die neue Landesförderung von den bisher gewährten Investitionsdarlehen/BZ (welche nun rückgefordert werden ab, so ergibt sich eine Rückzahlung von € 131.172,50 (mit 25 Jahresraten mit je € 5.246,90).
Die Gemeinden St. Lorenz und Innerschwand haben eingewendet, dass es dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht, dass von über 300 Gemeinden nun 20 Gemeinden herausgenommen werden und diese nun die seit 1982 erhaltenen Investitionsdarlehen/BZ zurückzahlen müssen. Das Land hat erst vor wenigen Monaten beschlossen, den Gemeinden diese Gelder jedenfalls bis 2010 nicht fällig zu stellen – davon ausgenommen werden die 20 Gemeinden, welche vom Bund eine Sonderförderung nach § 18 Abs. 1 Wasserbautenförderungsgesetz erhalten haben.
GR. Mag. Johann Wiedlroither sieht in der Rückzahlungsforderung des Landes eine Täuschung unserer Wähler, weil wir jetzt höhere Kanalbenützungsgebühren haben und letzten Endes die Landesdarlehen trotzdem zurückzahlen müssen.
GR. Dr. Peter Baum kritisiert die Rückzahlungsforderung des Landes und sei dies eine unakzeptable Vorgangsweise. Es kann nicht sein, dass die Gemeinden, die vom Bund eine Förderung nach dem Wasserbautenförderungsgesetz erhalten haben, nun dadurch bestraft werden, dass sie an das Land die gewährten Landesdarlehen zurückzahlen müssen, während dies andere Gemeinden nicht müssen.
GV. Putz Paul findet dies ebenfalls eine nicht korrekte Vorgangsweise und kritisiert, dass nur ein kleiner Teil der Gemeinden die Landesdarlehen zurückzahlen müssen, während alle anderen Gemeinde diese derzeit behalten können. Er weist allerdings auch darauf hin, dass wir uns nicht wehren können. Er bringt den Erlass des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 08.11.2005, Zl.: Gem300033/68-2005-Sec vollinhaltlich zur Verlesung und stellt den **Antrag** auf Kenntnisnahme dieses Erlasses.
Beschluss: einstimmig angenommen

4. **Errichtung eines Technologie-Zentrums Mondseeland; Genehmigung des Gesellschaftervertrages mit Festlegung des Stammkapitals und der Stammeinlage der Gemeinde Tiefgraben;**
Bürgermeister Matthias Reindl erinnert daran, dass der Gemeinderat Tiefgraben bereits in der Gemeinderatssitzung am 12.12.2002 einen Grundsatzbeschluss zur Errichtung bzw. zur Mitbeteiligung am Technologiezentrum Mondseeland beschlossen hat. Dabei wurde eine Beteiligung von ÖS 2.000.000,-- beschlossen. Nun soll das Projekt verwirklicht bzw. im Spätherbst mit dem Bau begonnen werden. Ein Grund hiefür wurde von der Marktgemeinde Mondsee im Anschluss an die Straßenmeisterei Mondsee bereits angekauft.
Da LR Dr. Josef Stockinger bekannt gegeben hat, dass für die von den Gemeinden aufzuwendenden Mittel von € 505.300,-- eine Bedarfszuweisung in Höhe von € 300.000,-- gewährt wird, reduziert sich der tatsächliche Anteil der Gemeinde Tiefgraben von € 145.346,-- auf € 59.160,--. Die Gemeinde Tiefgraben hat daher einen entsprechenden Gesellschaftervertrag zu beschließen, worin der Gemeindeanteil mit € 145.500,-- festgelegt wird.

Weiters gibt der Bürgermeister bekannt, dass aufgrund der vom Land in Aussicht gestellten BZ-Mittel ein Finanzierungsplan dahingehend beschlossen werden muss, dass die Gemeinde Tiefgraben aus ordentlichen Haushaltsmittel € 59.010 aufbringt und den Differenzbetrag zu € 145.350,-- durch Landesförderungsmittel/BZ finanziert wird.
GV. August Wieneroither spricht sich für die Errichtung des Technologiezentrums Mondseeland aus und sei dies eine zukunftsweisende Investition. Er verweist allerdings auch darauf, dass dies vermutlich das letzte Techno-Z mit der großen Landesförderung sein wird, da eine gewisse Sättigung damit erreicht wird.
Er stellt den **Antrag**,

a) den vorliegenden Gesellschaftervertrag (siehe Beilage Nr. 2) mit einer Stammeinlage bzw. Stammkapital der Gemeinde Tiefgraben von € 145.500,-- sowie
b) den Finanzierungsplan dahingehend zu genehmigen, dass die erforderlichen Mittel der Gemeinde Tiefgraben von insgesamt € 145.500,-- durch € 59.160,-- aus dem ordentlichen Haushalt und € 86.340,-- aus BZ-Mittel des Landes aufgebracht werden,

zu genehmigen.
Beschluss: einstimmig angenommen

5. **Land Oberösterreich; Errichtung einer Beleuchtungsanlage für die Querungshilfe an der L539 – Thalgau-Straße; Genehmigung eines Übereinkommens betreffend der Kostenteilung;**

Der Bürgermeister gibt folgendes bekannt:
Zur Querung der Thalgaustraße, der von der Höribachsiedlung kommenden Fußgänger, ist im Bereich nach dem Haus Unterberger ein Fahrbahnteiler (Verkehrsinsel) errichtet worden. Die Markierung eines Zebrastreifens wurde von der Bezirkshauptmannschaft jedoch bisher nicht genehmigt, weil die tatsächlich gefahrene Geschwindigkeit – trotz einer bestehenden 50 km/h-Beschränkung – annähernd bei 60 km/h liegt. Zur Erlangung einer noch höheren Sicherheit der Fußgänger soll die Verkehrsinsel bzw. die Fußgängerquerungsstelle beleuchtet werden. Zu den Gesamtkosten von ca. € 4.000,-- leistet das Land 50 % der Errichtungskosten. Die verbleibenden Kosten werden von St. Lorenz und Tiefgraben geteilt.
Von einigen Bewohnern der Höribachsiedlung wurde der Wunsch geäußert, in unmittelbaren Bereich der Zufahrtsstraße einen Zebrastreifen anzubringen. Dies wurde bisher jedoch bei mehreren Begehungen abgelehnt (Linksabbiegespur, fehlende Mittelinsel, gemessene Geschwindigkeit, Querungsstelle unmittelbar hinter der Bushaltestelle).
GR. Johann Fischhofer stellt den **Antrag**, das vorliegende Übereinkommen, abgeschlossen zwischen dem Amt der OÖ. Landesregierung einerseits und der Gemeinde Tiefgraben andererseits, betreffend die Errichtung, Erhaltung und allfällige Instandsetzung und Erneuerung der Beleuchtungsanlage für die Querungshilfe an der L539 Thalgau-Straße bei km 17,210 zu genehmigen (Übereinkommen siehe Beilage Nr. 3).
Beschluss: einstimmig angenommen

6. **Flächenwidmungsplanänderung – Beschlussfassung;**
- Änderung Nr. 3.34 – Bereich Grubinger, Schlössl;

Der Bürgermeister erinnert an die Einleitung der Flächenwidmungsplanänderung Michael und Adelheid Grubinger, Bergblick 17, in der auf Parzelle 969/5 eine Teilfläche im Ausmaß von ca. 450 m² von derzeit landwirtschaftliches Grünland in Wohngebiet mit der Einschränkung, dass nur Garagen und Geräteschuppen zulässig sind, umgewidmet werden soll.
Von den Sachverständigen des Landes (Naturschutz, Raumordnung), Landwirtschaftskammer, Umwelt- und Anlagentechnik und der Wildbach- und Lawinenverbauung sind keine negativen Stellungnahmen abgegeben worden.

Vom Grundanrainer Buchschartner GmbH wurde mit Schreiben vom 29.03.2006 eine negative Stellungnahme abgegeben und wird diese damit begründet, dass die Antragsteller kein Recht zur Zufahrt über das Grundstück Buchschartner für die Errichtung eines Baues auf der umzuwidmenden Fläche haben. Diese Stellungnahme wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.
Bauausschussobmann GV. Anton Landauer stellt den **Antrag**, die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.34 – Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes 969/5, KG. Tiefgraben im Ausmaß von 450 m² von derzeit landwirtschaftliches Grünland in Wohngebiet mit der Einschränkung, dass nur Garagen und Geräteschuppen zulässig sein, zu beschließen.
Beschluss: 22 : 2 (gegen den Antrag stimmte GR. Dr. Baum und GR. Eva Nowak)

7. **Marktgemeinde Mondsee; Übernahme der anteiligen Kosten für die Landesmusikschule;**
Der Bürgermeister gibt bekannt, dass mit Schreiben vom 30.01.2006 die Marktgemeinde Mondsee um die anteilige Übernahme der Aufwendungen für die Landesmusikschule Mondsee ersucht hat. Nach Aufstellung durch die Gemeinde Mondsee ergaben sich € 80.777,41 Ausgaben und sollten diese auf 523 Landesmusikschüler aufgeteilt werden, wodurch sich eine Kopfquote von € 154,45 ergibt. Aus Tiefgraben kommen 108 Musikschüler und ergibt dies eine Forderung von € 16.680,60. Bei der Überprüfung durch das Amt wurde festgestellt, dass von der Marktgemeinde Mondsee die eingenommene Kommunalsteuer für den Musikschulbetrieb in Höhe von € 20.847,24 wiederum nicht in Abzug gebracht wurde. Nach Abzug dieser Einnahme ergibt sich eine Kopfquote von € 114,59 bzw. eine Gesamtforderung von € 12.375,72 für die 108 Landesmusikschüler aus der Gemeinde Tiefgraben.
Vizebürgermeister Johann Schwaighofer stellt den **Antrag**, an die Marktgemeinde Mondsee den anteiligen Kostenbeitrag (abzüglich eingenommener Kommunalsteuer) von € 12.375,72 zu genehmigen.
GV. Christiana Brandtmeier befürwortet die Genehmigung der Zahlung an die Marktgemeinde Mondsee, weil durch die Landesmusikschule auch insbesondere alle Musikkapellen des Mondseelandes sehr profitieren.
Beschluss: einstimmig angenommen

8. **Beschlussfassung eines Nachtrages zum Immobilienleasingvertrag für die Errichtung der Volksschule Tiefgraben/St. Lorenz nach Vorliegen der Endabrechnung;**
Der Bürgermeister gibt bekannt, dass mit Gemeinderatsbeschluss vom 18.03.2002 der Immobilienleasingvertrag mit der VKB Kommunalleasing GmbH beschlossen wurde. Dieser Vertrag beinhaltet für die Errichtung einer neuen Volksschule Gesamtinvestitionskosten von € 3.906.164,84 (ÖS 53.750.000,--). Nach Vorliegen der Endabrechnung (ohne Akustikverbesserung) betragen die Gesamtinvestitionskosten € 4.447.834,15 excl. MWSt.
Das errechnete monatliche Nettoleasingentgelt auf Basis 6-Monates-EURIBOR beträgt daher ab 01.02.2006 € 11.870,08. An Kaution wurden von den Gemeinden Tiefgraben und St. Lorenz bis Jänner 2006 insgesamt € 2.761.084,90 eingebracht (somit 62,08 % der Gesamtinvestitionskosten). Aufgrund der Erhöhung der Gesamtinvestitionskosten ist daher ein Nachtrag zum Immobilienleasingvertrag zu beschließen.
GV. August Wieneroither weist darauf hin, dass es im Bau sehr oft üblich ist, dass die ursprünglich errechneten Gesamtkosten nicht eingehalten werden können und stellt er daher den **Antrag**, den vorliegenden Nachtrag zum Immobilienleasingvertrag vom 19.03.2002/ 25.03.2002 zu genehmigen (Nachtrag zum Immobilienleasingvertrag siehe Beilage Nr. 4).
GR. Dr. Baum erklärt, die Erhöhungen der Gesamtinvestitionskosten für die Errichtung der Volksschule nicht so ohne weiteres hinnehmen zu wollen. Er verweist dabei auf die Erhöhungen von einzelnen Gewerken, welche bis zum Dreifachen der geschätzten Kosten abgerechnet wurden.

Im besonderen weist er darauf hin, dass es wesentlich höhere Abrechnungssummen bei den Gewerken Zimmermeister, Metallkonstruktion/Schlosser und Elektroarbeiten gegeben habe. Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Erhöhungen großteils durch Nachtragsvoranschläge abgedeckt wurden.
GR. Franz Lassl weist darauf hin, dass eine Erhöhung um 12 % für das Gesamtbauwerk vertretbar ist, jedoch einige Gewerke um das Doppelte bis Dreifache sich erhöht haben.
Beschluss: einstimmig angenommen

9. **Musikkapelle Tiefgraben; Ansuchen um Subvention zum 80-jährigen Bestandsjubiläum;**
Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Trachtenmusikkapelle Tiefgraben heuer das 80-jährige Bestandsjubiläum feiert. Er gibt auch weiters bekannt, dass die Musikkapelle beabsichtigt, den Probenraum im Zuge der Bauarbeiten am Pölz-Areal zu erweitern, da die Zahl der aktiven Musiker von 35 vor 10 Jahren auf über 50 angestiegen ist. Es wird daher für die Erweiterung ein größerer Geldbetrag von der Gemeinde Tiefgraben erforderlich und wird daher die Förderung zu einem späteren Zeitpunkt behandelt. Er stellt daher den **Antrag**, diesen Tagesordnungspunkt heute zu vertagen.
Beschluss: einstimmig angenommen

10. **Bericht des Bürgermeisters;**

- Geförderter Wohnbau;
Der Bürgermeister berichtet über den Stand der Planung für den geförderten Wohnbau, wobei die Wohnhausanlage Marschallingergründe wegen Anrainerbeschwerden (Putz Alois) von 3- auf 2-geschossig reduziert werden wird. Es soll nun eine Projektsplanung vorgenommen werden und soll es bis Ende Mai mit den Bewerbern ein konkretes Gespräch geben. Der Baubeginn für die Wohnblöcke ist für Herbst 2007 und die für Reihenhäuser ab Ende 2006 möglich.

- Gemeindebeitrag für das Jugendzentrum 2005;
Da die Anforderung für die Leistung des Jugendzentrums an die Gemeinde Tiefgraben im Vorjahr erst sehr spät gekommen ist, wurde dieser Betrag nicht mehr vom Gemeinderat beschlossen – es wurde jedoch in der letzten Gemeindevorstandssitzung darüber berichtet. Die Beschlussfassung soll in der nächsten Gemeinderatssitzung nachgeholt werden.

- Königshof – beantragte Umwidmung;
Der Bürgermeister gibt bekannt, dass ein Antrag auf Umwidmung in Zweitwohnungen des Areals Königshof vorliegt. Da der Hotelbetrieb nicht zufrieden stellend verläuft, ist ein Verkauf mit Errichtung von Zweitwohnungen geplant und wird sich diesbezüglich der Bauausschuss in einer der nächsten Sitzungen beschäftigen müssen.

- Errichtung der Volksschule Tiefgraben/St. Lorenz – Abrechnung der Beleuchtung;
Der Bürgermeister erinnert daran, dass von Gemeinderat und Prüfungsausschussobmann Fritz Ramsauer die Rechnungen der Beleuchtungsfirma Holztrattner geprüft wurden und dabei Beanstandungen festgestellt wurden, wodurch eine Rückzahlung von € 9.000,-- zwischen Ramsauer und Frau Holztrattner vereinbart wurden. In der Folge hat jedoch die Firma Holztrattner erklärt, dass es keine Beanstandungen gibt, sie jedoch bereit ist, eine Gutschrift in Höhe von € 9.000,-- der Gemeinde zukommen zu lassen oder eine Rückzahlung in Höhe von € 6.000,-- zu gewähren, weil gewisse Kostenabrechnungen (Gerüstaufstellung, etc.) höher verrechnet wurden, als dies eine Fachfirma verrechnen würde.
Weiters liegt auch eine Stellungnahme von Schulausschussobmann Mag. Frank Landgraf zur Beanstandung der Entscheidung zum Ankauf der EDV-Anlage der Volksschule vor.

Diesbezüglich wird vereinbart, dass nach Rückkehr von Ramsauer Fritz aus Italien ein Termin vereinbart wird, bei dem Frau Holztrattner, Herr Ing. Konrad, Bürgermeister Reindl und Prüfungsausschussobmann Ramsauer anwesen sind und über die tatsächliche Rückzahlung oder Beauftragung eines Sachverständigen mit eventueller Klage gesprochen werden soll.
Abschließend gibt der Bürgermeister bekannt, dass die Akustikverbesserung in den restlichen Klassen während der Sommerferien hergestellt wird.
Der Bürgermeister verweist auch auf das neue Spielplatzförderungsgesetz und ist zu überlegen, ob im Bereich der Schule neue Kinderspielgeräte aufgestellt werden sollen.

- Seniorenheimerweiterung;
Bei der letzten Sozialhilfeverbandsversammlung wurde beantragt, dass das Seniorenwohnheim Mondsee ab dem Jahr 2012 erweitert werden muss und ist daran gedacht, hiefür das Mörtelhaus und das alte Wengerhaus anzukaufen.

- See-Land-Wirtschaft;
Diesbezüglich läuft ein EU-Projekt bezüglich der Verbesserung der Wasserqualität des Süddeutschen Seenbereiches und des Mondsee/Irrsees. Die Untersuchungen haben ergeben, dass die Landwirtschaft keine Schuld am erhöhten Phosphateintrag zukommt.

- Sportanlage Tiefgraben – Verbot des Buffetbetriebes;
Der Bürgermeister gibt bekannt, dass von Frau Taubenberger und einem Rechtsvertreter die Gemeinde darauf hingewiesen wurde, dass im Kaufvertrag der Sportanlage enthalten ist, dass auf dem Sportplatzgrundstück kein Buffetbetrieb vorgenommen werden darf, solange von der Familie Gaderer und deren Kindern auf dem Areal Prielbauer ein Gastgewerbebetrieb geführt wird. Er habe dies den UNION-Verantwortlichen bereits bekannt gegeben und wurden auch Anfragen an den Landessportverband und die Bezirkshauptmannschaft gestellt, worin um Auskunft gebeten wird, was in den Bereich eines Buffetbetriebes fällt.

11. **Bericht der Ausschüsse;**

Schulausschussobmann August Wieneroither berichtet von einer Zusammenkunft am 06.04.2006 betreffend Ausschreibung der EDV-Anlage, bei welcher Dir. Soriat, Schulausschussobmann Landgraf und Prüfungsausschussobmann Ramsauer anwesend waren. Dabei hat Landgraf seine Überlegungen zur Entscheidung an die Vergabe an die Bestbieterfirma IQ bekannt gegeben. Weiters fand am 20.04.2006 eine gemeinsame Schulausschusssitzung mit der Gemeinde St. Lorenz statt. Dabei ist es insbesondere um den kommenden Nachmittagsbetrieb in der Volksschule gegangen und hat der Schulausschuss einstimmig beschlossen, das Mittagessen in der Volksschule (Schulwarträumlichkeiten) auszugeben und nicht die Schüler zur Hauptschule zu befördern. Für die Nachmittagsbetreuung sind derzeit mehr als 30 Kinder angemeldet und müssen es mindestens 15 sein, damit eine Nachmittagsbetreuung stattfinden kann.

Straßenausschussobmann Johann Fischhofer berichtet darüber, dass in der letzten Straßenausschusssitzung festgelegt wurde, im Bereich der Haidermühle eine Besichtigung bezüglich der Parkprobleme durchzuführen und findet diese nun am kommenden Mittwoch um 09.00 Uhr statt. Weiters gibt Fischhofer bekannt, dass aufgrund des extremen Winters viele Straßenschäden vorhanden sind und hiezu auch die starke Salzstreuung sehr beiträgt. Eine Erhebung der Straßenschäden ist bereits für die erste Maiwoche vorgesehen. Abschließend berichtet der Obmann noch, dass auf dem neu errichtetem Güterweg Irrseeblick sowie beim Güterweg Hingen nach erfolgtem Kanalbau bereits Schäden im Asphalt aufgetreten sind, zu welchen die Bodenprüfstelle beigezogen wird.

Bauausschussobmann Anton Landauer gibt bekannt, dass keine Sitzung stattgefunden hat.

Kanalausschussobmann Putz Paul gibt ebenfalls bekannt, dass keine Sitzung stattgefunden hat.

Prüfungsausschuss: In Vertretung von Prüfungsausschussobmann Fritz Ramsauer bringt Frau Christiana Brandtmeier einen ausführlichen Prüfbericht der Sitzung vom 04.04.2006. Frau Brandtmeier verliest den Prüfbericht und ebenso die Stellungnahme von Schulausschussobmann Frank Landgraf zur Vergabe der EDV-Anlage. Ebenso bringt Frau Brandtmeier die Stellungnahme zur Abrechnung der Firma Holztrattner zur Kenntnis. In der nächsten Sitzung möge über das Gespräch Holztrattner, Konrad, Ramsauer, Bürgermeister Reindl, Bürgermeister Dr. Humer berichtet werden.

12. **Allfälliges;**

Frau Christiana Brandtmeier berichtet über die nächste Veranstaltungen der Gesunden Gemeinde (Gesundheitsstraße am 19.05.2006 von 14.00 – 18.00 Uhr in der Volksschule).
GR. Eva Nowak fragt den Bürgermeister, was es Neues hinsichtlich der Entschärfung des Kreuzungsbereiches Weißenstein gibt. Diesbezüglich gibt der Bürgermeister bekannt, dass es zwei Zusammenkünfte gegeben hat und nun auch noch ein Projekt mit einem Kreisverkehr mit 36 m Durchmesser ausgearbeitet wird. Ebenso wurde ein Projekt mit Herstellung einer Fußgängerunterführung ausgearbeitet. Bis Mitte des Jahres soll eine Machbarkeitsstudie vorgenommen werden. Weiters gibt Frau Eva Nowak bekannt, dass Seitens der Hilfbergbevölkerung eine Informationsveranstaltung zum Stand des Neubaues der Hilfbergstraße gewünscht wird. Diesbezüglich gibt der Bürgermeister bekannt, dass kürzlich eine Begehung mit Bürgermeister Dipl.Ing. Mierl stattgefunden hat, bei der insbesondere die Quehrung des Gosaugrabens besprochen wurde. Da im neuen Verkehrskonzept der Marktgemeinde Mondsee eine Umfahrung des Ortskernes auch für den Bereich Hilfberg angestrebt wird, ist die Errichtung einer neuen Auffahrt Hilfberg auch von der Marktgemeinde Mondsee nun von Interesse. Es kann jedoch keine Zusammenkunft mit der Bevölkerung Hilfberg geben, solange kein detailliertes Projekt vorhanden ist.
GR. Johann Pöllmann gibt bekannt, dass der Schranken im Waldweg bei Pöllmann Gerlinde durch die Schneeräumung beschädigt wurde. Diesbezüglich sagt Bürgermeister Reindl eine Reparatur durch Gemeindearbeiter Matthäus Röthleitner zu. Pöllmann Johann gibt weiters bekannt, dass von Ebner Heinrich öfters kritisiert wird, dass auf der Wohnliegenschaft Franz Schwaighofer, Baumaschinen abgestellt sind.
GR. Dr. Baum spricht sich für die Einbeziehung der Landgemeinden bei der Marktplatzgestaltung Mondsee aus, damit die Erreichbarkeit, insbesondere des Gemeindeamtes entsprechend geklärt wird.
GV. Christiana Brandtmeier stellt an den Bürgermeister die Frage betreffend den Neubau einer Tischlereiwerkstätte durch die Firma Wienerroither auf einem von der Gemeinde an die Firma Wienerroither verkauften Baugrundstück. Der Bürgermeister gibt bekannt, dass auf dem Grundstück bereits gebaut wird.
GR. Johann Dittlbacher gibt bekannt, dass im Bereich der Kolomansbergkirche einige Bäume geschlägert werden müssen (auf Grundstück Bundesforste), weil diese eine Gefahr für die Kirche darstellen. Obwohl diese bereits im Vorjahr von Bezirksförster Schlichtner Gerhard ausgezeigt wurden, hat der Umschnitt noch nicht stattgefunden. Der Bürgermeister sagt zu, mit Serner Hias und Bezirksförster Schlichtner Kontakt aufzunehmen.

13. **Genehmigung der letzten Verhandlungsschrift;**

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift vom 26.01.2006, Nr. 1/2006, keine Erinnerungen eingebracht wurden und erklärt sie daher für genehmigt.

E N D E : 21.00 Uhr